

Antrag

der Fraktion der CDU

Entschließung

zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung
– Drucksache 13/700 –

Landeshaushaltsgesetz 1997 (LHG 1997)

Rheinland-Pfalz on line

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein MultiMedia-Programm „Rheinland-Pfalz on line“ auf der Basis folgender Überlegungen zu entwickeln und umzusetzen:

Es kann und darf keine Frage mehr sein, ob wir das MultiMedia-Zeitalter wollen oder nicht. Das technisch Machbare wird sich durchsetzen, weil die Gesellschaft die neuen Techniken einsetzen wird, unabhängig von dem Willen der politisch Verantwortlichen. Die Politik muß ihrer Verantwortung gerecht werden. Sie muß die Rahmenbedingungen setzen, damit kein Wildwuchs entsteht. Sie bewegt sich dabei auf dem schmalen Grat zwischen Fortschrittsgläubigkeit und Fortschrittsverweigerung.

Wir leben in der Informationsgesellschaft, sind auf dem Weg zur Wissensgesellschaft und bauen an der Verantwortungsgesellschaft.

Die gesellschaftlich bedeutsamen Veränderungen durch die MultiMedia-Technik fordern uns heraus: Sie bieten – unabhängig von der gesellschaftlichen Stellung, vom Alter, von der körperlichen Verfassung, vom Einkommen, von der Religion und von der Nationalität – den Menschen ungeahnte neue Möglichkeiten.

Es kommt auf uns an, verantwortungsbewußt und verantwortlich mit MultiMedia umzugehen, damit die Chance nicht vertan wird. Der MultiMedia-Zug ist weltweit am Rollen. Wer nicht einsteigt, wird abgekoppelt. Wir haben nicht mehr die Wahl, ob wir die Entwicklung wollen oder nicht. Inzwischen gibt es weltweit mehr als vierzig Millionen Benutzer, ohne daß ein wesentlicher Einfluß der Politik darauf feststellbar gewesen wäre.

In Rheinland-Pfalz stellt sich die Frage, wie intensiv wir die MultiMedia-Zukunft gestalten und damit, welche Arbeitsplatzgewinne wir erzielen können. Die unverzügliche Umsetzung des Programms ist aus Arbeitsmarktgründen dringend geboten.

Der verstärkte Einsatz von MultiMedia führt dazu, daß es in allen Bereichen geistiger Arbeit zu erheblichen Rationalisierungseffekten kommt. Dadurch drohen

viele Arbeitsplätze im Finanzwesen, den Verwaltungen, Versicherungen und im Bildungswesen zu entfallen. Bei zehn Millionen geistig arbeitender Menschen in Deutschland und einem Rationalisierungspotential von 20 Prozent bedeutet das weitere zwei Millionen Arbeitsplätze weniger in Deutschland.

Eine offensive MultiMedia-Politik ist deshalb die beste Arbeitsmarktpolitik.

1993 bezifferten sich die Umsätze der Informationsindustrie weltweit auf insgesamt 2 850 Milliarden US-Dollar, mehr als Rüstungs-, Maschinen- und Autoindustrie zusammen. Der deutsche MultiMedia-Markt verzeichnete zwischen 1993 bis 1996 bereits enorme Wachstumsraten.

Bis zum Jahr 2000 wird für den deutschen MultiMedia-Markt ein Wachstum auf ein Volumen von 20 Milliarden DM prognostiziert. 1995 waren es noch 2 Milliarden DM.

Für MultiMedia-Nutzer steht inzwischen nicht mehr die Frage, was technisch möglich ist, im Mittelpunkt, MultiMedia steht am Wendepunkt hin zur Frage, was sinnvoll ist. Auf welche Weise und mit welchen Mitteln muß gehandelt werden? Es wäre fatal, die Entwicklung nur zu erdulden. Ziel der Landespolitik muß sein, die Informationsgesellschaft aktiv mitzugestalten. Dazu ist erforderlich, daß das Land zunächst seine Ziele definiert:

- Jeder Rheinland-Pfälzer soll einen preiswerten Zugang zu den neuen Kommunikationstechniken erhalten.
- Die rheinland-pfälzischen Schulen, Fachhochschulen, Hochschulen und Weiterbildungseinrichtungen sollen mit ihren Bildungsangeboten sicherstellen, die neuen Techniken von MultiMedia aufzunehmen und den Umgang mit ihnen zu vermitteln.
- Das Land Rheinland-Pfalz und Weiterbildungseinrichtungen sollen dafür sorgen, daß berufliche Weiterbildung an den Erfordernissen von MultiMedia ausgerichtet wird.
- Am Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz muß der Liberalisierungsprozeß aktiv durch Schaffung von Freiräumen für neue Initiativen, durch die Förderung von Forschung und Entwicklung, durch die Stimulierung von Investitionen in Netzwerke und neue MultiMedia-Dienstleistungen sowie durch die Beseitigung oder Änderung von gesetzlichen und rechtlichen Hemmnissen vorangebracht werden.
- Das Land und die Kommunen müssen ihre Vorbildfunktion aufnehmen und erfüllen.

I.

MultiMedia-Systeme in Infrastruktur, Hardware und Software unterstützen

Die Telekommunikationsnetze der Zukunft, die Datenautobahnen, werden für den Austausch des Rohstoffes „Geist“ so wichtig wie die Verkehrsinfrastruktur für den Austausch von Waren. Entlang unserer Autobahnen siedeln sich Industrie und Gewerbe an. Das gilt auch für die Datenautobahnen.

1. Baustein: Das Hochleistungsbreitbandnetz

Durch die freien Datennetze werden neue Standortqualitäten begründet. Daten sind schnell und finanziell so günstig verfügbar wie noch nie. Das verstärkt den Druck auf die Standorte, ihre Infrastruktur ständig weiter zu verbessern. Verbessern heißt dabei nicht nur besser zu sein als die Nachbarn, sondern besser im globalen Wettbewerb.

Das Flächenland Rheinland-Pfalz verfügt über eine große Zahl an kleinen und mittleren Unternehmen. Sie sind stark exportorientiert. Der günstige Zugang zum weltweiten Angebot an Informationen und Daten ist von entscheidender Bedeutung für die Erhaltung der Standortqualität dieses Landes. Dieser Zugang ist bis heute von seiten des Landes nicht sichergestellt:

- Der Modellversuch der Deutschen Telekom AG, der sich z. Z. in seiner ersten Umsetzungsphase befindet, findet ohne rheinland-pfälzische Beteiligung statt. Das ATM-Pilotprojekt (Asynchronous Transfer Mode) verbindet vierzehn deutsche Städte. Bundesländer wie Bayern und Baden-Württemberg sind dabei mit drei Standorten angeschlossen, Rheinland-Pfalz nicht.
- Das Breitband-Wissenschaftsnetz (B-WIN) des DFN-Vereins sieht in Rheinland-Pfalz keinen einzigen B-WIN-Knoten vor, lediglich die Universitäten Mainz und Kaiserslautern sind mit einem Hauptanschluß vertreten. (Die Universität Trier verfügt über einen Privatanschluß.)
- Von den neunzehn Einwählpunkten des WINShuttle des DFN-Vereins, der den Zugang von jedermann in die freien Teile des B-WIN ermöglicht, befindet sich nur einer in Rheinland-Pfalz (Stand 9/96).
- Die Landesregierung hat ein eigenes Behördennetz, das Landes-Daten- und Kommunikations-Netz (LDKN) aufgebaut, das jedoch lediglich den rheinland-pfälzischen Behörden offensteht. Wegen der erheblichen Datenschutzproblematik wird dies auch noch lange so bleiben.

Bayern investiert jährlich 100 Millionen Mark in den Aufbau eines Bayern-Netzes (BAYNET), finanziert aus den Versicherungsverkaufserlösen. Frankreich ist dabei, das Elsaß an die Datenautobahnen anzuschließen. Die gewerblich-industrielle Entwicklung dort schreitet mit Riesenschritten voran. Belgien investiert eine Milliarde bfr, das sind rd. 50 Millionen Mark, in ein „Aktionsprogramm Informationstechnologie“ in Flandern.

Wenn Rheinland-Pfalz sich ein gutes Stück vom wachsenden MultiMedia-Markt sichern will, muß endlich gehandelt werden. Insbesondere für die Entwicklung des ländlichen Raumes ist ein flächendeckender und kostengünstiger Anschluß an die Datenautobahnen von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung, um gleichwertige Chancen im ländlichen Raum zu entwickeln. Besondere Bedeutung erhält dabei die grenzüberschreitende Vernetzung mit benachbarten Bundesländern und europäischen Nachbarn. Rheinland-Pfalz braucht den flächendeckenden Anschluß an breitbandige Datenautobahnen.

on line Beginnend mit dem Haushalt 1997 ist im Rahmen des Programms
ZIEL 1 Rheinland-Pfalz on line

- der Aufbau einer breitbandigen flächendeckenden Hochgeschwindigkeits-Datenautobahn (mit mindestens 34 bzw. 155 Mbits/s) in Rheinland-Pfalz zu finanzieren;
- nach dem Vorbild Bayerns ein Rheinland-Pfalz-Netz zu schaffen, das, von einem gemeinsamen Betreiber verwaltet, auf die bestehenden und neuen privaten Telekommunikationsleitungen zurückgreift und so ein leistungsfähiges Netz aufbaut.

2. Baustein: Bürgernetzprojekte

Die neuen MultiMedia-Dienste können nicht genutzt werden, wenn die Menschen nicht wissen, welche Möglichkeiten, aber auch welche Probleme sich bei der Nutzung von MultiMedia auftun. Gegen das Unbekannte empfindet man natürlicherweise Unbehagen und Abneigung. Sensibilisierung und Information über die neuen Technologien werden deshalb zu einer gesellschaftspolitischen Hauptaufgabe.

Neben den Informationspflichten, die dem Land, den Medien und der Wirtschaft obliegen, kommt den sogenannten Bürgernetz-Vereinen besondere Bedeutung zu.

Bürgernetz-Vereine sind Zusammenschlüsse von Interessierten, die einen lokalen Einwählknoten in die Datenautobahnen herstellen und unterhalten.

Ziel des Bürgernetzes ist,

- die Grundversorgung der Bevölkerung mit digitalisiert übermittelten Informationen zu sichern,
- über ein flächendeckendes Angebot den preisgünstigen Zugang für kleine und mittlere Unternehmen und für Privatleute zu nichtkommerziellen Zwecken sicherzustellen
- und so Kenntnisse und Fähigkeiten im Bereich der neuen Medien zu vertiefen und weiterzuverbreiten.

Die Bürgernetz-Vereine bieten „Netzneulingen“ technische und organisatorische Hilfe, sie organisieren Schulungen und Arbeitskreise, sie leisten Aufbauhilfe bei der Einrichtung neuer regionaler Netze und erarbeiten Projekte, die für jedermann zugänglich die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien vorführen. Sie helfen, Berührungspunkte abzubauen. Die Bürgernetz-Vereine sollten vom Land so unterstützt werden, daß der kostengünstige Zugang zu MultiMedia dauerhaft sichergestellt wird.

on line
ZIEL 2 Nach bayerischem Vorbild ist im Rahmen des Programms Rheinland-Pfalz on line ein Bürgernetz-System durch

- Initiierung und Förderung eines landesweiten Bürgernetz-Verbandes,
- Initiierung und Förderung einer Vielzahl von regionalen Bürgernetz-Vereinen mit dem Ziel flächendeckender Versorgung in Rheinland-Pfalz zu schaffen und dessen Betrieb für mehrere Jahre finanziell sicherzustellen.

3. Baustein: Schulen ans Netz

Das Arbeiten mit MultiMedia wird zu einer neuen Art von Informationsaufnahme und Informationsverarbeitung führen. MultiMedia-Techniken erschließen einen neuen Bereich der Informationsbeschaffung und neue Formen von Arbeitstechniken im Bildungsprozeß.

Dabei darf die Gefahr nicht übersehen werden, daß die Informationsübermittlung durch AV-Medien die Gefahr beinhaltet, oberflächlich und reißerisch zu sein. Es kommt zu einer Überfülle an Informationsangeboten, die nur durch eine didaktische Aufarbeitung für den Bildungsprozeß genutzt werden kann.

An Schulen und Hochschulen muß deshalb die Fähigkeit vermittelt werden, mit MultiMedia-Angeboten bewußter umzugehen, Information gezielter auszuwählen und zu mischen, MultiMedia-Nutzung zeitlich zu steuern und die Auswahl kritisch zu begleiten.

Es wird darauf ankommen, ob es uns gelingt, eine informationstechnische Grundbildung zu vermitteln, MultiMedia als neue Kulturtechnik zum Wohle des Menschen einzusetzen. Dazu gehört die Fähigkeit, vernetzte Computer selbstverständlich, kritisch und produktiv zu nutzen. Dies wird in Zukunft entscheidend für die Bewältigung des Lebens und für die Erlangung der Schlüsselqualifikationen für den beruflichen Erfolg sein.

Auf Initiative des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und der Deutschen Telekom AG wurde im April 1996 bundesweit der Verein „Schulen ans Netz“ gegründet. Das Projekt ist zunächst auf drei Jahre befristet.

Ziel der Initiative ist es, den sinnvollen Einsatz von Computern und Telekommunikation im Bildungswesen anzustoßen. Im Mittelpunkt dabei steht die Initiierung konkreter Projekte an Schulen und in der Lehrerfortbildung. Dabei soll es weitgehend den Schulen überlassen bleiben, eigene Ideen einzubringen und die ersten Schritte auf dem Weg von MultiMedia selbst zu bestimmen. Damit wird der Ein-

stieg in eine neue Technik der Informationsbeschaffung geleistet. Schüler werden für die Informationsgesellschaft vorbereitet. Die Welt der Datennetze und -kommunikation kann so ins Klassenzimmer geholt werden.

MultiMedia wird Unterrichtsformen verändern. Klassen und ganze Schulen können miteinander kommunizieren, über Ländergrenzen hinweg. Schulübergreifende Projekte selbst im globalen Rahmen können verwirklicht werden. Schulnetzwerke werden entstehen. „Schulen ans Netz“ fördert eine Vielzahl von Projekten.

Sie sind in folgende Projektkategorien eingeteilt worden:

- Einstiegsprojekte für Schulen mit keiner oder geringer MultiMedia-Erfahrung,
- Modellprojekte für Schulen mit Erfahrung in der Nutzung von MultiMedia,
- Projekte der Lehrerbildung für alle Maßnahmen der Lehrerfort- und -ausbildung,
- Modellprojekte zur Verbesserung der Infrastruktur der Kommunikationsvorhaben von Schulen.

Gefördert wird die Ausstattung in Hard- und Software sowie der ISDN-Anschluß durch finanzielle oder sächliche Zuwendung ebenso wie die Nutzungskosten. Nicht gefördert werden Personalkosten.

Dem Verein „Schulen ans Netz“ sind bis Mitte Juni 1996 bundesweit insgesamt 6 500 Anträge auf Förderung zugegangen, davon 5 500 Einstiegsprojekte, 700 Modellprojekte, 200 Lehrerbildungsprojekte und 100 Infrastrukturprojekte.

Rheinland-Pfalz ist an der Antragstellung mit 220 Einstiegsprojekten und 22 Modellprojekten beteiligt. Der Verein „Schulen ans Netz“ hat inzwischen mit allen 16 Bundesländern Fördervereinbarungen über die Einstiegsprojekte an Schulen abgeschlossen. In dieser Kategorie werden 1996 insgesamt 3 000 Schulen gefördert. Rheinland-Pfalz ist daran mit 110 Einstiegsprojekten und 14 Modellprojekten beteiligt. Rheinland-Pfalz ist an den Einstiegsprojekten mit 3,6 Prozent beteiligt, unterrepräsentiert in bezug auf die Bevölkerung.

Die Schule muß eine informationstechnische Grundbildung und MultiMedia als neue Kulturtechnik vermitteln. Das beginnt bei der Bedienung des PC und endet bei den Grundkenntnissen der Netznutzung. Die Lehr- und Studieninhalte an unseren Schulen und Universitäten müssen noch stärker als bisher auf die Anforderungen der Kommunikationszukunft ausgerichtet werden. Andere Bundesländer sind sehr viel weiter als Rheinland-Pfalz. Die Deutsche Telekom AG zum Beispiel erprobt in fünf Berliner Schulen im Rahmen ihres Projekts „Comenicus“, wie MultiMedia in Schulen effizient zu nutzen ist.

Um MultiMedia offen und kritisch an Schulen zu nutzen, muß MultiMedia ein gleichwertiger Stellenwert wie den herkömmlichen Informationsmedien eingeräumt werden.

Darüber hinaus müssen bisherige Hemmnisse beseitigt werden, um schulische Arbeiten auch mit dem Computer zu erledigen.

Besondere Anforderungen stellt MultiMedia auch an die Lehrkräfte. MultiMedia wirft Autoritätsprobleme auf. MultiMedia wird oftmals von Schülern besser beherrscht als von ihren Lehrern. Dies führt vielfach zu einer spezifischen Angst und Unsicherheit bei Lehrkräften. Lehrer müssen auf den Umgang mit den MultiMedia-Techniken vorbereitet werden. Die MultiMedia-Fähigkeiten bestimmter Schüler müssen für ihre Mitschüler erschlossen werden.

Die Lehrerausbildung sowohl in der ersten Phase an der Hochschule und der zweiten Phase am Seminar als auch die Lehrerfort- und -weiterbildung muß den Anforderungen der MultiMedia-Vermittlung angepaßt werden.

Die MultiMedia-Aus-, Fort- und Weiterbildung für Lehrkräfte muß im wesentlichen auf drei Themenbereiche konzentriert werden:

- Kenntnisse der MultiMedia-Technik incl. Hard- und Software,
- Fähigkeiten, mit MultiMedia-Angeboten bewußt umzugehen, Information gezielt auszuwählen und zu mischen, die MultiMedia-Nutzung zeitlich zu steuern und die Auswahl kritisch zu begleiten,
- Unterrichtsorganisation zur effizienten Nutzung von MultiMedia-Technik und -Inhalten.

Die Lehrerausbildung im Land Rheinland-Pfalz wird durch das Staatliche Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung des Landes Rheinland-Pfalz (SIL) mit Sitz in Speyer, das Institut für Lehrerfort- und -weiterbildung Mainz (ILF) und das Erziehungswissenschaftliche Fort- und Weiterbildungsinstitut der evangelischen Kirchen in Rheinland-Pfalz (EFWI) mit Sitz in Landau sichergestellt. Daneben gibt es eine Reihe weiterer Bildungsträger wie das Landesmedienzentrum, den Landesfilmdienst oder die Landeszentrale für politische Bildung.

on line
ZIEL 3 Die Initiative „Schulen ans Netz“ ist organisatorisch und finanziell im Rahmen des Programms Rheinland-Pfalz on line zu unterstützen.

on line
ZIEL 4 Schulen, die im Rahmen der Initiative „Schulen ans Netz“ nicht berücksichtigt werden können, sind unmittelbar vom Land im Rahmen des Programms Rheinland-Pfalz on line zu fördern.

on line
ZIEL 5 Mit einer Initiative „Schüler helfen Schülern“ soll der MultiMedia-Sachverstand bestimmter Schüler für den Unterricht erschlossen und genutzt werden.

Wo MultiMedia-Sachverstand vor Ort nicht entwickelt oder aktiviert werden kann, soll externer Sachverstand von privaten Anbietern Vorrang vor internen Lösungen haben. So kann auch jungen Existenzgründern eine Chance gegeben werden.

on line
ZIEL 6 Alle Fächer der einzelnen Schularten und Bildungsgänge sind daran zu beteiligen, den Schülern eine informationstechnische Grundbildung und MultiMedia als neue Kulturtechnik zu vermitteln. Die fachdidaktischen Kommissionen sind um MultiMedia-Fachkräfte zu ergänzen, gegebenenfalls aus der privaten Wirtschaft.

on line
ZIEL 7 In den staatlichen Studienseminaren und den Lehrerfort- und -weiterbildungsinstituten ist die MultiMedia-Ausbildung unmittelbar sicherzustellen, in den freien bzw. kirchlichen Instituten ist im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten darauf hinzuwirken.

on line
ZIEL 8 Bisherige Hemmnisse zur Nutzung von MultiMedia zur Fertigung schulischer Arbeiten sind unverzüglich zu beseitigen.

4. Baustein: Wissenschaftsnetz Rheinland-Pfalz

Im März 1996 startete das Breitbandwissenschaftsnetz (B-WIN) des Vereins zur Förderung eines Deutschen Forschungsnetzes e. V. (DFN-Verein). Dieses weltweit größte ATM-Netz wurde inzwischen soweit ausgebaut, daß fast 200 Einrichtungen aus Wissenschaft, Forschung, Bildung und Qualifizierung das Netz nutzen können.

In Rheinland-Pfalz befinden sich unter den Nutzern die Universitäten Kaiserslautern, Mainz und Trier. Die drei rheinland-pfälzischen Hochschulen planen zur Zeit die Erweiterung der Anschlüsse zu von allen Hochschulen gemeinschaftlich genutzten Anschlüssen im Rahmen eines sogenannten Gemeinschaftsanschlußpaketes.

Anfang 1997 soll das Breitbandwissenschaftsnetz mit 2 mal 45 MBit/s mit dem US-Internet verbunden werden, eine Kopfstation des Breitbandwissenschafts-

netzes in den USA wird dafür sorgen, daß die Weiterleitung der Informationsströme innerhalb der Vereinigten Staaten reibungslos erfolgt.

Der DFN-Verein fördert nach seiner Satzung die Schaffung der Voraussetzungen für die Einrichtung, den Betrieb und die Nutzung eines rechnergestützten Informations- und Kommunikationssystems für die öffentlich geförderte und gemeinnützige Forschung in der Bundesrepublik Deutschland.

Mitglieder des DFN-Vereins können alle juristischen Personen werden, von denen ein wesentlicher Beitrag zum Vereinszweck zu erwarten ist oder die dem Bereich der institutionell oder sonst aus öffentlichen Mitteln geförderten Forschung zuzurechnen sind.

Der DFN-Verein hat 397 Mitglieder (Stand: August 1996), von denen lediglich zehn aus Rheinland-Pfalz kommen. Es sind dies die Fachhochschule in Bingen, die Bundesanstalt für Gewässerkunde, die Rheinische Landesbibliothek und die Universität Koblenz-Landau in Koblenz, die Fachhochschule Rheinland-Pfalz, die Universität Mainz, die Stadtbibliothek Mainz und das IMM – Institut für Mikrotechnik GmbH – in Mainz sowie die Bibliothek des Priesterseminars und die Universität Trier in Trier.

Der möglichst schnelle Zugang aller Universitäten und Fachhochschulen ist entscheidend für die weitere Zukunft des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Rheinland-Pfalz. Andere Bundesländer haben auf die Entwicklung des Forschungsnetzes im DFN frühzeitig reagiert:

- Ergänzend zu den Aktivitäten des DFN ist das Bundesland Bayern dabei, im Rahmen des Programms Bayern on line ein Hochschulnetz aufzubauen. Seit Juni 1996 sind alle bayerischen Hochschulen mit breitbandigen Anschlüssen bis 155 MBit/s versehen.
- Das Land Nordrhein-Westfalen z. B. hat ein Sonderprogramm zur Schaffung von Internet-Zugängen für alle staatlichen Hochschulen geschaffen. Das Programm ist bis zum Jahr 1999 mit jährlich 10 Mio. DM finanziert. Erstmals in einem deutschen Bundesland bekommen damit alle Hochschulen des Landes fast gleichzeitig einen superschnellen Zugang zum Internet. Das Programm sieht vor, drei Knoten mit einem Datendurchlauf von 155 Mbit/s an den Universitäten in Düsseldorf, Dortmund und Köln zu installieren. Von dort werden die benachbarten Universitäten mit 34 MBit/s und die Fachhochschulen mit mindestens 2 MBit/s Kapazität angeschlossen. Betrieben wird das Netz vom DFN-Verein, für die Datenübertragung wird im wesentlichen das Breitbandkernnetz der Deutschen Telekom verwendet.

Für Rheinland-Pfalz haben der DFN und die Hochschulen sich das Ziel gesetzt, alle Hochschulen und Fachhochschulen mit leistungsfähigen Anschlüssen zu versehen. Die Universitäten Mainz und Kaiserslautern sind mit jeweils 34 MBit/s Verbindungen an das B-WIN angeschlossen. Auf Initiative der rheinland-pfälzischen Hochschulen, die sich zunächst alle um Einzelverbindungen bei der Deutschen Telekom bemüht haben, wurde in Zusammenarbeit mit dem DFN ein Vernetzungskonzept erarbeitet.

Das Konzept sieht im einzelnen folgende Anschlußkapazitäten über Zubringerleitungen vor:

Fachhochschule Trier	Fachhochschule Birkenfeld	128 KBit/s
Fachhochschule Birkenfeld	Fachhochschule Idar-Oberstein	64 KBit/s
Universität Kaiserslautern	Fachhochschule Kaiserslautern	2 MBit/s
Fachhochschule Kaiserslautern	Fachhochschule Pirmasens	128 KBit/s
Fachhochschule Kaiserslautern	Fachhochschule Zweibrücken	128 KBit/s
Universität Kaiserslautern	Universität Koblenz-Landau/ Landau	2 MBit/s

Universität Kaiserslautern	Hochschule für Verwaltungs- wissenschaften Speyer	2 MBit/s alt.: 128 KBit/s
Universität Trier	NTG Netzwerk und Telematik GmbH Karlsruhe	2 MBit/s
Universität Mainz	Fachhochschule Worms	2 MBit/s
Fachhochschule Worms	Fachhochschule Ludwigshafen	2 MBit/s
Universität Mainz	Fachhochschule Bingen	2 MBit/s
(alternativ Fachhochschule Mainz)	Fachhochschule Bingen	2 MBit/s
Universität Mainz	GHRKo Universität Koblenz	2 MBit/s
GHRKo Universität Koblenz	Fachhochschule Koblenz	2 MBit/s
GHRKo Universität Koblenz	Rheinische Landesbibliothek Koblenz	128 KBit/s
Fachhochschule Koblenz	Fachhochschule Höhr- Grenzhausen	128 KBit/s
Fachhochschule Koblenz	Fachhochschule Remagen	128 KBit/s
Universität Mainz	Fachhochschule Mainz	2 MBit/s
Fachhochschule Mainz	Fachhochschule Mainz Abt. II	2 MBit/s
Fachhochschule Mainz	Fachhochschule Mainz Präsidialamt	128 KBit/s
Universität Mainz	Universität Koblenz- Landau/Mainz	128 KBit/s
Universität Mainz	Universität Mainz/Germersheim	2 MBit/s
Universität Mainz	Fachhochschule Wiesbaden	2 MBit/s alt.: 128 KBit/s

In diese Planungen schaltete sich das Daten-Informations-Zentrum Rheinland-Pfalz (DIZ) ein mit dem Vorschlag, ein eigenes rheinland-pfälzisches Hochschulnetz neben dem Deutschen Wissenschaftsnetz zu installieren und über LDKN zu organisieren. Dies ermögliche eine bessere Kommunikation untereinander. Das DIZ ist derzeit in Preisverhandlungen mit der Deutschen Telekom AG.

Bis Anfang 1997 sollen die Hochschulen an den Backbone-Ring des LDKN angeschlossen, mit Kapazitäten zwischen 128 KBit/s und 2 MBit/s angeschlossen miteinander vernetzt und mit den B-WIN-Knoten Mainz (34 MBit/s) und Kaiserslautern (34 MBit/s) vernetzt sein. Das Hochschulnetz soll neben dem Behördennetz betrieben werden, das LDKN arbeitet noch nicht mit der ATM-Technik. Es ist nicht die Technik der Zukunft.

Inzwischen ermöglicht das B-WIN des DFN-Vereins auch den Zugang von jedermann zu den frei zugänglichen Teilen des Wissenschaftsnetzes. WINShuttle heißt das Projekt, das Bibliotheken, Museen, Kultureinrichtungen, Schulen, Hochschulen, Bildungszentren und Volkshochschulen, Wissenschaftlern wie Studenten, Journalisten, der Verwaltung, den Behörden, den Berufsverbänden und den Kammern, den Sozialdiensten und den Krankenhäusern, den Botschaften und internationalen Organisationen, den Jugendverbänden und Jugendeinrichtungen, Gründerzentren und Technologietransfer-Einrichtungen – im Grunde genommen allen gesellschaftlichen Organisationen und Einrichtungen – den Zugang zum Netz sicherstellen soll. Bisher befindet sich in Rheinland-Pfalz nur ein einziger Einwahlknotenpunkt in Kaiserslautern.

on line
ZIEL 9 Im Rahmen des Programms Rheinland-Pfalz on line ist die Konzeption der rheinland-pfälzischen Hochschulen und des DFN finanziell zu unterstützen mit dem Ziel, bis spätestens Ende 1997 das Netz zu verwirklichen. Ziel ist der Aufbau eines Backbone-Rings mit mindestens 34 bzw. 155 Mbit/s Bandbreite, um auch das Arbeiten mit Bildern, Videos und Animationen zu ermöglichen.

II.

MultiMedia in Forschung und Lehre entfalten

Parallel zum Ausbau des Wissenschaftsnetzes in Rheinland-Pfalz muß MultiMedia in Forschung und Lehre entfaltet werden.

5. Baustein: Pulsierendes Wissenschaftsnetz

Das mit hohem finanziellem wie ideellem Aufwand zu schaffende Wissenschaftsnetz muß pulsieren. Es muß mit Leben gefüllt werden. Erforderlich ist deshalb zum einen, die MultiMedia-Technik als neue Form der Informationsbeschaffung und des Informationsaustausches bekannt und benutzbar zu machen, zum anderen müssen auch neue, über MultiMedia ermöglichte Dienste eingeführt werden.

So zum Beispiel die Telemedizin: Mit ihrer Hilfe können Tomografen-Aufnahmen, Röntgenbilder usw. in Sekunden an weit entfernt arbeitende Spezialisten übermittelt werden. Diagnosen können wesentlich schneller gewonnen werden. Mit Hilfe der Netzintegration wird die Benutzung von Bibliotheken weitgehend überflüssig durch den unendlich vermehrbaren Zugang an elektronische Dateien über das Netz. Der Nutzer kann die angeforderten Dateien speichern, ausdrucken und weiterverarbeiten. MultiMedia wird zum Quantensprung eines effizienten und umweltgerechten geistigen Arbeitens.

Auch der Fortentwicklung des Rechts kommt bei der weiteren Entwicklung eine besondere Bedeutung zu. Rheinland-Pfalz sollte mit der Einrichtung eines Lehrstuhls MultiMedia-Recht an der Universität Trier seinen Beitrag dazu leisten.

- | | |
|--------------------|---|
| on line
ZIEL 10 | In Zusammenarbeit mit den Medienfachbereichen der Universitäten muß sichergestellt werden, daß die MultiMedia-Ausbildung an den Hochschulen inhaltlich wie im Angebot optimiert wird, Studiengänge für Medieninformatik sind an mindestens einer Universität und einer Fachhochschule einzurichten. |
| on line
ZIEL 11 | Die MultiMedia-Nutzung an den rheinland-pfälzischen Hochschulen ist unmittelbar nach dem Anschluß der jeweiligen Hochschule nachhaltig zu fördern. Die Studienpläne sind entsprechend zu ergänzen. |
| on line
ZIEL 12 | An der Universität Trier ist eine Professur für MultiMedia-Recht einzurichten. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Rechtsakademie sind Angebote für die Akademie zu entwickeln und umzusetzen. |
| on line
ZIEL 13 | An der Universität Mainz – Klinikum – ist ein Modellversuch Telemedizin einzurichten, um den Universitätskliniken dieses neue Medium zu erschließen. |

6. Baustein: Tele-Teaching/Distance Learning

Das Telelernen steckt noch im Entwicklungsstadium. Gründe dafür sind, daß

- die Erstellung von MultiMedia-Programmen zum Telelernen so kostspielig ist, daß ihre Abgabe an jedermann als Freeware unmöglich erscheint und
- die Lernprogramme sehr kapazitätsintensiv sind und auf den Personalcomputern nur laufen, wenn entsprechend hohe Speicher- und Übertragungskapazitäten vorhanden sind.

Verschiedene Bundesländer und Universitäten erproben zur Zeit sogenannte Tele-Teaching- und Distance-Learning-Projekte. Beim Tele-Teaching wird über die Bereitstellung von Netzen und den Ausbau von virtuellen Hörsälen sichergestellt, daß Vorlesungen von der einen Universität an die andere Universität live übertragen werden können. Die beiden Universitäten sind dabei über das digitale

Hochgeschwindigkeitsnetz B-WIN des DFN miteinander verbunden. Die Systeme sind interaktiv, das heißt, Studenten der Partneruniversität können wie die Studenten vor Ort im Hörsaal Fragen stellen und mit dem Dozenten kommunizieren.

Solche Tele-Teaching-Projekte laufen zur Zeit beim Teilprojekt 3.12 des RTB Bayern, im Projekt Tele-Teaching Dresden-Freiberg, im Projekt Tele-Teaching Heidelberg-Mannheim und jüngst im Kooperationsprojekt Berlin/Brandenburg.

Distance-Learning-Projekte erweitern den Ansatz des Tele-Teachings. Der weitere Ausbau der ATM-Technik (Asynchronous Transfer Mode) macht es möglich, auch private Haushalte (Studenten), kostengünstig mit hohen Transferleistungen an die Netze anzuschließen. Den Studenten wird dabei ermöglicht, von zu Hause aus sowohl synchron als auch asynchron zu lernen.

Synchron bedeutet, daß der Student sich zeitgleich mit der Lerneinheit an seinem PC einschaltet. Asynchron bedeutet, daß der Student auf vorbereitete Lerneinheiten zurückgreifen muß.

Nebenfolge von Tele-Teaching und Distance-Learning-Projekten ist die Einsparung von Verkehr und dadurch die Verringerung von Umweltbelastungen.

Die Universitäten Mannheim-Heidelberg und der DFN sind zur Zeit dabei, ein Modellprojekt „Distance-Learning“ zwischen diesen beiden Universitäten zu konzipieren. Das Projekt soll in die bisherigen MultiMedia-Aktivitäten der Universitäten, die seit Oktober 1995 laufen, eingebunden werden. Rheinland-Pfalz hat es bisher versäumt, sich in die Entwicklung von Tele-Teaching- oder Distance-Learning-Projekten einzubringen.

In der Informationsgesellschaft ist das „Humankapital“ entscheidend für Wohlstand und Wachstum. Beschäftigungs- und Einkommenschancen hängen in weitestmöglicherem Maße ab von den erworbenen und weiterentwickelten Fähigkeiten jedes einzelnen. In der Bundesrepublik haben schätzungsweise 14 Millionen Beschäftigte schon mit den neuen Techniken an ihrem Arbeitsplatz zu tun. Wer heute und in Zukunft beruflich bestehen will, ist auf die Beherrschung des Computers und der durch ihn ermöglichten Nutzung von MultiMedia zwingend angewiesen.

Tele-Teaching oder Distance-Learning sind auch im Bereich der Fort- und Weiterbildung zu nutzen; alle Vorteile des asynchronen Lernens können optimal genutzt werden, weil diese Angebote auf die Vernetzung verschiedener menschlicher Wahrnehmungskanäle wie Bilder, Videoclips, Texte, Ton bauen und sie mit Übungen zur Ergebniskontrolle verbinden. So läßt sich die Weiterbildungsbereitschaft höchst effizient nutzen. Die Deutsche Post AG erprobt mit ihren Beschäftigten heute schon diese Weiterbildungsangebote in sogenannten Clip-Stationen.

on line
ZIEL 14 In Zusammenarbeit mit dem DFN ist ein Tele-Teaching-Modellversuch zwischen rheinland-pfälzischen Hochschulen einzurichten.

on line
ZIEL 15 Unmittelbar nach Schaffung der technischen Voraussetzungen ist in Zusammenarbeit mit dem DFN ein Distance-Learning-Modellversuch einzurichten.

on line
ZIEL 16 In Zusammenarbeit mit Weiterbildungsträgern in Rheinland-Pfalz ist ein Tele-Teaching-Modellversuch im Bereich der Fort- und Weiterbildung einzurichten.

Dabei soll auch die Nutzung des Tele-Teachings für den Bereich der Fort- und Weiterbildung im Bereich der Landesverwaltung, zum Beispiel für die Polizei, untersucht werden. Darüber hinaus ist ein Förderprogramm „Fort- und Weiterbildung MultiMedia“ für Arbeitnehmer aufzulegen.

III.

MultiMedia-Angebote entwickeln und fördern

Parallel zur Förderung von MultiMedia in Infrastruktur, Hardware und Software wird es entscheidend darauf ankommen, neue MultiMedia-Angebote zu entwickeln und zu fördern. Diese Angebote zielen zum einen auf das bessere Verstehen und Erlernen von MultiMedia, zum anderen betreffen sie originäre neue Dienste.

7. Baustein: Schaufenster Rheinland-Pfalz global

MultiMedia eröffnet dem Land zum ersten Mal die Möglichkeit, ein globales Standortmarketing anzubieten.

Das setzt voraus, daß Rheinland-Pfalz einen Rheinland-Pfalz-Server einrichtet, von dem weltweit Informationen über das Land eingeholt werden können. In Zusammenarbeit mit der „Investitions- und Strukturbank (ISB) GmbH“, der „RiM – Rheinland-pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH“ und dem Statistischen Landesamt sollten die rheinland-pfälzischen Infrastruktur- und Wirtschaftsstrukturdaten aufbereitet und im Endausbau auch in Fremdsprachen angeboten werden.

Neben dem Standortmarketing für das Land bietet ein solcher Server auch die Möglichkeit, gezielte Spartenwerbung für das Land einzurichten, etwa eine gezielte Weinwerbung bis hin zum Verkauf.

Ebenso sollten Daten des SPNV und des ÖPNV, Tourismus- und Kulturangebote usw. enthalten sein, damit die Datenbank auch von Rheinland-Pfälzern als umfassendes Informationsmedium genutzt werden kann. Das Schaufenster Rheinland-Pfalz global sollte auch Privaten gegen Gebühr offenstehen.

Der von der Landesregierung Bayern im Rahmen des Konzepts Bayern-Online eingerichtete Bayern-Server hat in den ersten drei Monaten nach der Einrichtung insgesamt fast 400 000 Seiten Information über dieses Bundesland verschickt.

on line
ZIEL 17 In Zusammenarbeit mit der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz, der „RiM – Rheinland-pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH“ und dem Statistischen Landesamt ist das „Schaufenster Rheinland-Pfalz global“ einzurichten und an das Internet anzuschließen. So kann das Land einen wichtigen Beitrag zur Standortsicherung leisten.

on line
ZIEL 18 Begleitend und unterstützend für den Aufbau ist an einer Universität (Koblenz-Landau/Kaiserslautern) ein Forschungsprojekt „Multimediale Datenbank“ einzurichten und auszustatten.

8. Baustein: Globalisierungsoffensive

Viele Unternehmen stehen heute noch den sich mit MultiMedia eröffnenden weltweiten Aktionsmöglichkeiten eher skeptisch gegenüber. Die Globalisierung der Arbeitswelt wie der Märkte ist nicht aufzuhalten.

Wer als Standort für Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistung interessant bleiben will, der muß diesen Prozeß nachhaltig fördern. Vorbehalte müssen durch gezielte Information und Hilfestellung abgebaut werden.

Die Globalisierung bietet den Unternehmen unter anderem folgende Vorteile:

- Betriebskosten können durch das Outsourcing lohnintensiver Verwaltungsaufgaben deutlich gesenkt werden; so werden Mittel für neue arbeitsplatzsichernde und -schaffende Investitionen frei.

Es gilt heute nicht mehr als unternehmerische Schwäche, bestimmte Unternehmensfunktionen, etwa im Bereich der Verwaltung, an externe Dienstleister zu vergeben. Hier bieten sich Chancen für strukturschwache und weniger lohnintensive Regionen in Rheinland-Pfalz.

- Die Märkte machen vor nationalen Grenzen nicht halt. Mit der Konkurrenz wachsen auch die Märkte. Eine besondere Chance für Unternehmen mit flexiblen Strukturen.

Mit den neuen Medien reduzieren sich Entfernungen weltweit auf wenige Sekunden. Neue Märkte werden sich in einem globalen Netzwerk präsentieren, eine ideale Grundlage für das Zustandekommen neuer Austauschprozesse. Bisherige Marketingstrategien müssen überdacht werden. Globales Marketing gewinnt an Bedeutung. Eine genaue Kenntnis der Märkte ist Voraussetzung, wirtschaftlich erfolgreich zu sein.

- Der Dialog mit dem Verbraucher wird schneller und unkomplizierter.

Die Ent- und Weiterentwicklung von Produkten vollzieht sich in wesentlich kürzeren Zeitfolgen. Die neuen Medien ermöglichen einen unkomplizierten Dialog mit dem Verbraucher.

Aus dem passiven Käufer von Waren oder dem Empfänger von Dienstleistungen wird ein aktiv mitgestaltender Konsument. Die Interaktivität der Neuen Medien wird diesen Prozeß wesentlich beschleunigen.

- Bisherige Hemmnisse der mittelständischen Industrie, insbesondere im ländlichen Raum, können schnell abgebaut werden.

Durch den gleichwertigen Zugang zu Datennetzen können sich selbst kleine Unternehmen in peripheren Lagen die gleichen Chancen erschließen wie ihre Konkurrenten. Die Vorteile reichen von der verbesserten Kundenbetreuung (Hotline) und Kundennähe bis hin zum weitgehenden Wegfall von Kommunikationsverlusten auf dem Weg vom Unternehmen zum Kunden und umgekehrt.

- Bestimmte Prozesse können durch globale Rund-um-die-Uhr-Arbeitstage weltweit permanent bearbeitet werden.

Insbesondere von Unternehmen im Bereich des Consultings und der Werbung werden diese Möglichkeiten schon intensiv genutzt, weil Arbeit so räumlich und zeitlich flexibler wird.

on line
ZIEL 19 In Zusammenarbeit mit den IHKs und den HWKs ist ein Trainee-Programm „MultiMedia für Führungskräfte“ in mittelständischen Unternehmen mit dem besonderen Ziel „Chancen durch Globalisierung“ aufzulegen.

on line
ZIEL 20 In Zusammenarbeit mit IHKs, HWKs, der ISB und weiteren Wirtschaftsverbänden ist eine Informationskampagne „MultiMedia“ zu starten, um mögliche Vorbehalte insbesondere bei kleinen und mittleren Betrieben abzubauen.

on line
ZIEL 21 Gemeinsam mit IHKs, HWKs, der ISB und weiteren Wirtschaftsverbänden ist ein Informationssystem für ausländische Zielmärkte zu entwickeln und gegebenenfalls mit dem Schaufenster Rheinland-Pfalz global zu verknüpfen.

9. Baustein: Mehr Risikokapital

Um eine rheinland-pfälzische MultiMedia-Industrie zu entwickeln, benötigen Erfinder und Unternehmer mehr Risikokapital, um die Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten voll auszuschöpfen.

on line
ZIEL 22 Bei der ISB (Wagniskapital-GmbH) ist deshalb ein MultiMedia-Fonds einzurichten, der Risikokapital im Bereich MultiMedia-Entwicklung zur Verfügung stellt.

10. Baustein: Förderprogramm „Biblionline“

MultiMedia wird das Büchereiwesen grundlegend verändern. Die Bibliothek der Zukunft wird sich vom ausschließlichen Angebot an Gedrucktem (Bücherei) zu

MultiMedia-Zentren mit einem vielfältigen Angebot an multimedialen Diensten entwickeln: Zeitschriften, CDs, Videos, Cassetten, CD-ROMs sowie Online-Anschlüsse zur Nutzung der Fernleihe und des Internets.

Zu kurz greift ein Programm des Landes Rheinland-Pfalz zur Unterstützung öffentlicher Büchereien im Landeshaushalt 1996. Mit diesem Programm sollte die notwendige Hardware zum Anschluß an Online-Angebote geschaffen werden.

Aber erst dreißig von 1 050 rheinland-pfälzischen Bibliotheken konnten dadurch an eine Online-Verbindung der Rheinischen Landesbibliothek angeschlossen werden.

Das Programm reicht bei weitem nicht, das Interesse öffentlicher Träger an einem Ausbau zu decken.

on line
ZIEL 23 In Zusammenarbeit mit den kommunalen und kirchlichen Trägern öffentlicher Bibliotheken ist ein Förderprogramm „Biblionline“ einzurichten. Das Ziel: alle rheinland-pfälzischen Bibliotheken, deren Träger das wünschen, sollen in den nächsten zwei Jahren die notwendige Hardware erhalten, um insbesondere im ländlichen Raum ein flächendeckendes Angebot an Bibliotheksleistungen zu garantieren.

on line
ZIEL 24 Das Ablösesystem für Bibliotheken ist in das Wissenschaftsnetz zu integrieren, d. h. die alte Informations- und Kommunikations-Infrastruktur in Bibliotheken ist durch moderne Technologie (SQL-Server) zu ersetzen.

11. Baustein: Telearbeit

Telearbeit ist die Ausübung der Erwerbstätigkeit an einem externen Arbeitsplatz, etwa der eigenen Wohnung, wobei elektronische Kommunikationsnetze sicherstellen, daß der Arbeitsplatz mit dem Arbeitgeber verbunden ist.

Telearbeit bietet Chancen wie Risiken. Die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit werden aufgehoben, die persönliche Motivation gewinnt an Stellenwert. Die Grenze zwischen Arbeit und Wohnen wird aufgehoben. Aber der Teleworker droht auch zu vereinsamen.

Ihrer verstärkten Nutzung kommt unter Umweltgesichtspunkten eine hohe Bedeutung zu. Sie ermöglicht zudem, Arbeitsplatzkosten zu reduzieren, Arbeitszeiten individueller zu gestalten und einmal erworbene Fähigkeiten in Berufsunterbrechungszeiten zu erhalten.

Bei der Erprobung des Einsatzes der Telearbeit ist Deutschland bislang noch Entwicklungsland. Während in den USA an fast acht Millionen Telearbeitsplätzen gearbeitet wird, sind es in Deutschland schätzungsweise 30 000 echte Telearbeitsplätze. Das Land Rheinland-Pfalz erprobt die Telearbeit zur Zeit in 22 Modell-arbeitsplätzen.

Nach einer Prognose der Europäischen Kommission könnte sich der Bedarf an Telearbeitsplätzen bis zum Jahr 2000 auf etwa 2,5 Millionen erweitern, davon allein 800 000 in Deutschland. Telearbeit ist eine besondere Chance für strukturschwache Gebiete.

Mit einer Verstärkung der Telearbeit lassen sich folgende Vorteile aktivieren:

- eine stärkere Dezentralisation von Arbeits- und Produktionsprozessen,
- Einsparpotentiale bei den Arbeitsplatzkosten,
- eine familienfreundlichere Gestaltung der Arbeitszeiten sowie
- neue Formen von Arbeitsteilung und Arbeitsprozessen.

Umfragen des Forschungsministeriums in Bonn zufolge stehen heute 40 Prozent der Arbeitnehmer der Telearbeit positiv gegenüber. Unternehmen, die die Telearbeit einsetzen, berichten, daß die stark verbesserte Motivation der Mitarbeiter sich positiv auf die Produktivität ausgewirkt habe.

Der Modellversuch des Landes Rheinland-Pfalz mit nur wenigen Telearbeitsplätzen ist zu eng angelegt; er ermöglicht es nicht, allgemein übertragbare Ergebnisse über Nutzen und Kosten der Telearbeit zu erhalten.

Ein ernstgemeinter Modellversuch müßte verschiedenste, für die öffentliche Verwaltung typische Tätigkeiten und neueste Entwicklungen in einem Telearbeitsmodell zusammenführen. Dabei wäre insbesondere zu untersuchen, wie Telearbeit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer verbessern kann.

on line
ZIEL 25 Der Modellversuch des Landes Rheinland-Pfalz ist in Quantität und Qualität auszubauen. Er ist technisch um die ganze Bandbreite neuer Möglichkeiten (digitales Diktat, CAD, shared editing, Web design), inhaltlich um die Erprobung von Telearbeit in Führungsfunktionen zu erweitern, zum Beispiel durch die Auslagerung einer ganzen Abteilung der Landesverwaltung (Funktionseinheit).

12. Baustein: Intranet-Modellversuch

Intranet ist das Internet hinter der Firmentür. Die weitere Entwicklung von Multimedia wird dazu führen, daß Bildschirmarbeit weitgehend zur Regel wird. Nach der weltweiten Verbindung der großen Netze miteinander wird die Zukunft der Verknüpfung der In-House-Netze von Unternehmen und Verwaltungen, den sogenannten Intranets, mit den globalen Netzen die Zukunft gehören.

Die Entwicklung der Intranets ist eine Grundvoraussetzung für die Ausdehnung von Telearbeit in den Bereich der ständigen Anwendung hinein.

Intranet wird durch die Festlegung verbindlicher De-facto-Standards der Internet-Technologie (etwa TCP/IP, HTML oder SSL) möglich. Firmen brauchen das Intranet, um die gleiche Soft- und Hardware für die interne und externe Kommunikation zu nutzen. Dies ermöglicht ihnen den schnellen Austausch von E-Mails, die Einrichtung von internen Diskussionsforen und den schnellen Zugriff auf die unternehmenseigene Dokumentendatenbank. Die Netzwerke, das Internet und das Intranet ermöglichen die Einbeziehung aller intern und extern verfügbaren Informationssysteme in die persönliche oder betriebliche Welt der Kommunikation. Sie versetzen Unternehmen und Verwaltungen in die Lage, jederzeit intern wie extern zu kommunizieren. Es ermöglicht den schnellen und kostengünstigen Aufbau eines unternehmens- oder verwaltungsinternen Informationssystems nach den spezifischen Anforderungen.

Intranet-Ansätze sind in Rheinland-Pfalz bisher nur im Pilotprojekt „Behördenübergreifender Informationsaustausch für die Landesverwaltung (BIL)“ erkennbar. Es wird nur schleppend vorangetrieben. Bisher wurden lediglich die Techniken vereinbart und ein einheitliches Verfahren entwickelt.

on line
ZIEL 26 Im Bereich der Landes- und der Kommunalverwaltung sind im Rahmen des Programms Rheinland-Pfalz on line „Modellversuche Intranet“ einzurichten (Landesverwaltung: Landesvermessungsamt mit nachgeordneten Katasterämtern; ISB/Kommunalverwaltung: Kreis-, Stadt-, Verbandsgemeindeverwaltungen).

13. Baustein: Vorbild Verwaltung

MultiMedia wird in der öffentlichen Verwaltung dazu beitragen, dem Bürger den Zugang und damit die Erledigung seiner Dienste zu erleichtern, die Transparenz des Handelns öffentlicher Verwaltung zu erhöhen und die Arbeitsorganisation

umzugestalten. Durch die Nutzung des Hochgeschwindigkeitsnetzes könnten zudem kostensparender telefoniert, Daten ausgetauscht und Videokonferenzen durchgeführt werden; sie ermöglicht darüber hinaus allen Verwaltungen den Rückgriff auf spezialisierte Datenangebote, etwa auf die Daten des automatisierten Liegenschaftskatasters (ALK-GIS-Daten).

Die Nutzung multimedialer Angebote ist in der öffentlichen Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz nahezu nicht festzustellen. Dies liegt nicht an den Mitarbeitern, sondern an der Schwerfälligkeit der Verwaltungsstrukturen und am politischen Willen der Verantwortlichen. Bis über die Anschaffung eines Computertyps auf dem Dienstweg entschieden ist, ist die nächste Generation schon auf dem Markt.

In der öffentlichen Verwaltung müssen sich endlich folgende Erkenntnisse durchsetzen:

- Zuzuwarten hat keinen Zweck. Die Systementwicklung im Bereich MultiMedia schreitet zu rasant fort. Diese Entwicklung wird noch lange anhalten.
- MultiMedia-Kenntnisse sind für jeden von Nutzen.
Die neuen Technologien machen vor keinem Arbeitsplatz halt.
- MultiMedia-Kenntnisse sind auch etwas für die Chefs.
Die neuen Medien sind eine Kulturtechnik, der sich auch Chefs nicht entziehen sollten.
- Nur die Nutzung von MultiMedia im Verwaltungsalltag führt zur beherrschten Nutzung. Es ist wie beim Autofahren. Nicht der Führerschein vermittelt Fahrkunst, sondern die Fahrpraxis.

Erst wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, ist die öffentliche Verwaltung reif für MultiMedia.

Die Nutzung privat erworbener MultiMedia-Kenntnisse in der öffentlichen Verwaltung ist stark verbesserungswürdig. Wir brauchen ein Innovations- und Kreativitätstraining. Wir dürfen uns nicht nur auf das Vorschlagswesen verlassen. Kreativität kann erschlossen und gefördert werden. Dem Spontanen, Kreativen und Beweglichen muß endlich Platz gemacht werden. So könnten zum Beispiel MultiMedia-erfahrene Mitarbeiter andere Mitarbeiter schulen.

In der Verwaltung der Zukunft wird der „Behördengang“ auf wenige Sekunden reduziert werden. Sie werden am Bildschirm erledigt. In Virtuellen Bürgerbüros hat der Kunde Bürger die Möglichkeit, sich aller Verwaltungsleistungen zu versichern. Das Land Rheinland-Pfalz sollte sich darum bemühen, erste Erfahrungen mit den Möglichkeiten eines Virtuellen Bürgerbüros im Rahmen eines Modellversuches zu gewinnen.

on line
ZIEL 27 Die Nutzung neuer MultiMedia-Wege in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung ist gezielt zu fördern, die erforderliche Hardware und Software ist im Rahmen der Haushaltsmittel zu beschaffen.

on line
ZIEL 28 Privat erworbene MultiMedia-Kenntnisse sind stärker als bisher als Sonderqualifikation zu beachten und für die öffentliche Verwaltung zu erschließen.
So könnten Mitarbeiter ihre Kolleginnen und Kollegen schulen und weiterbilden.

on line
ZIEL 29 In Zusammenarbeit mit einer rheinland-pfälzischen Kommune sollte ein Modellprojekt „Virtuelles Bürgerbüro“ konzipiert und umgesetzt werden.

14. Baustein: Sozialmodelle

MultiMedia erlaubt auch eine festere soziale Einbindung benachteiligter Gruppen. Kranke, alte und pflegebedürftige Menschen können so die Gelegenheit erhalten, mehr und intensiver zu kommunizieren. Über MultiMedia-Dienste können soziale Kontakte wiederhergestellt, den Betroffenen eine neue Erlebniswelt erschlossen und Kontroll- und Alarmdienste organisiert werden. Behinderten Menschen kann MultiMedia eine völlig neue Arbeitswelt erschließen, die heute großen Beförderungsprobleme vom und zum Arbeitsplatz können minimiert werden.

on line
ZIEL 30

Im Bereich der Landesverwaltung sind im Rahmen des Programms Rheinland-Pfalz on line MultiMedia-Projekte mit den Zielen zu entwickeln,

- auch kranken, alten und pflegebedürftigen Menschen Gelegenheit zur Kommunikation zu erschließen,
- Kontroll- und Alarmdienste über MultiMedia zu organisieren,
- Telearbeitsplätze für Behinderte, z. B. Blinde, Gehörlose, zu erschließen.

15. Baustein: Digitales Fernsehen

Bisher werden Fernsehbilder Bild für Bild völlig neu übertragen, etwa 25 Stück pro Sekunde. Mit der Digitalisierung wird sich dies ändern. Sie ermöglicht zum einen die Datenkompression, zum anderen werden nur noch die Veränderungen gegenüber dem vorigen Bild übertragen.

Die Digitalisierung führt dazu, daß nur noch etwa zwei Prozent der bisherigen Datenmenge übertragen werden müssen. Die Folge: Konnte bisher auf einem Kanal ein Fernsehprogramm übertragen werden, so werden es in Zukunft bis zu zehn Programme sein. Dies wird zu einer Vielfalt an Programmen, insbesondere zu Programmen für bestimmte Zielgruppen, sogenannte Spartenprogramme, führen.

Eine weitere Neuerung ist die Möglichkeit, sein Fernsehprogramm selbst mitzugestalten. Die Digitalisierung läßt es zu, etwa Sportereignisse zur gleichen Zeit aus verschiedenen Kamerapositionen zu übertragen. Im nächsten Schritt wird es dann möglich sein, daß der Zuschauer interaktiv wird (Interaktives Fernsehen). Er kann dann mit Hilfe einer Set-Top-Box selbst Infos an die Fernsehmacher schicken und so das Programm beeinflussen. Dies könnte so weit ausgebaut werden, daß der Zuschauer selbst den Fortgang einer Handlung bestimmt, etwa das glückliche oder traurige Ende eines Spielfilms.

Um digitales Fernsehen empfangen zu können, benötigt der Fernsehkunde heute noch eine Set-Top-Box. Sie wandelt die digitalen in analoge Signale um. Mit dem digitalen Fernsehen startet ein Prozeß, der unser Fernsehverhalten grundlegend ändern wird. Die Digitalisierung wird zudem zur Folge haben, daß die verschiedensten Geräte der Unterhaltungs- wie der Informationsindustrie zusammengefaßt werden können: Fernseher, Video, PC, Fax, Telefon, Telefax, Stereoanlage, Satellitenanlage.

Der Weg in diese digitale Zukunft hat schon begonnen: Pay-TV, Teleshopping und Video-on-demand heißen die Stichworte.

Andere Bundesländer sind schon dabei, eigene DVB-Projekte (digital video broadcasting) auf der Basis des Beschlusses zum DVB-Eckwertepapier der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten umzusetzen. Die DVB-Projekte Berlin, Hamburg und Bayern befinden sich konkret in der Startphase. In Rheinland-Pfalz ist es erst im Oktober 1996 zu einem Grundsatzbeschuß der LPR zu einem eigenen DVB-Projekt gekommen.

Für den MultiMedia-Standort Rheinland-Pfalz ist es von erheblicher Bedeutung, eigene Erfahrungen mit der neuen Digitaltechnik zu sammeln. Ähnlich dem

Kabel-Kanal-Projekt Ludwigshafen, das seinerzeit Schrittmacherfunktion in der Bundesrepublik erfüllte, muß ein Modellprojekt Digitales Fernsehen in Rheinland-Pfalz auf der Basis der Bedürfnisse des Landes entwickelt werden.

Die Erprobung soll sich dabei auf Bereiche konzentrieren, mit denen rheinland-pfalz-spezifische Angebote erprobt werden können, insbesondere

- Angebote regionaler wie lokaler Veranstalter im ländlichen Raum und
- grenzüberschreitende Angebote in Zusammenarbeit mit Frankreich, Luxemburg und Belgien.

Die Voraussetzungen für eine führende Rolle Deutschlands im Bereich Digitales Fernsehen sind gut. Neben fast 16 Millionen Kabelnetzanschlüssen nutzen bereits 2,7 Millionen Bundesbürger die ISDN-Technologie, mehr als ein Viertel aller privaten Haushalte verfügt über einen PC.

Doch auch in diesen Bereichen hat Rheinland-Pfalz schon an Boden verloren, etwa im Bereich der Verkabelung. Rheinland-Pfalz und das Saarland bilden das Schlußlicht unter den alten Bundesländern.

Bundesland	Verkabelung pro 100 Wohnungen
Hamburg	99,8 %
Bremen	98,3 %
Berlin	88,1 %
Schleswig-Holstein	76,2 %
Nordrhein-Westfalen	75,0 %
Niedersachsen	72,5 %
Baden-Württemberg	68,3 %
Bayern	67,0 %
Hessen	64,9 %
Rheinland-Pfalz	62,8 %
Saarland	62,8 %
Mecklenburg-Vorpommern	41,8 %
Brandenburg	41,4 %
Thüringen	37,1 %
Sachsen	37,0 %
Sachsen-Anhalt	28,6 %

Quelle: FOCUS

Wenn die Entwicklung wie bisher weitergeht, werden bald schon neue Bundesländer Rheinland-Pfalz überholen.

on line
ZIEL 31 Der DVB-Modellversuch des Landes Rheinland-Pfalz ist so auszugestalten, daß den spezifischen Bedürfnissen des Landes Rechnung getragen wird. Hierbei sind insbesondere die Probleme eines Flächenlandes zu berücksichtigen.

16. Baustein: Telematik

Telematik umschreibt ein System der Verkehrslenkung durch Nutzung der Multimedia-Technik. Mit Hilfe der Telematik können Informationen zusammengefaßt und aufeinander abgestimmt und die verschiedensten Verkehrsträger miteinander verknüpft werden. Das führt dazu, daß der Verkehr flüssiger wird und lange Suchfahrten und damit unnötige Umweltbelastungen vermieden werden.

Im Bereich der Telematik stehen insbesondere zwei Themenbereiche im Vordergrund:

- die Belastungsprobleme der Innenstädte und
- die Güterverkehrslogistik.

Durch die Schaffung eines Stadtverkehrs-Daten-Verbundes könnte der Verkehr in Innenstädten deutlich vermindert werden. Dazu müßten alle stadtverkehrsrelevanten Daten gesammelt, verarbeitet und mit verkehrsleitenden und Parkraum bewirtschaftenden Einrichtungen kombiniert werden, um so kurzfristig auf sich ändernde oder regelmäßig wiederkehrende Stadtverkehrssituationen angemessen reagieren zu können.

Ziel eines MultiMedia-Projekts zur Güterverkehrslogistik ist, Informationen über Güterverkehrskapazitäten, -ströme und -zeiten und Verkehrsinformationen zu sammeln und so zu verarbeiten, daß unter Einbeziehung aller Transportwege zu Wasser, zu Lande und in der Luft der jeweils günstigste Transportweg gefunden wird.

Darüber hinaus stellt sich die Frage, wie die rheinland-pfälzischen Verkehrsinformationsdaten in einer zentralen Verkehrsdatenbank aktuell zusammengefaßt und allen privaten Interessenten zugänglich gemacht werden können.

- on line
ZIEL 32 In Zusammenarbeit mit einer rheinland-pfälzischen Stadt ist das Telematik-Modellprojekt „Innenstadt-Verkehr“ aufzubauen.
- on line
ZIEL 33 Es ist ein MultiMedia-Forum „Telematik und Güterverkehr“ einzurichten, um gemeinsam mit den Güterverkehrsträgern die Möglichkeiten zum Aufbau eines MultiMedia-Projekts zur Güterverkehrslogistik zu erörtern und gegebenenfalls zu initiieren.
- on line
ZIEL 34 In Zusammenarbeit mit den Verkehrsclubs ist eine zentrale „Verkehrsdatenbank Rheinland-Pfalz“ aufzubauen und an das Internet anzuschließen.

17. Baustein: Forum MultiMedia

MultiMedia ist vielschichtig. Sein Nutzen erreicht viele Bereiche des Berufs-, des Privat- und des gesellschaftlichen Lebens. MultiMedia wird alle Bereiche grundlegend verändern.

- on line
ZIEL 35 Nach baden-württembergischem Vorbild ist ein Forum „MultiMedia“ einzurichten. Über anwendungsorientierte Arbeitskreise sollen alle MultiMedia-Interessierten zusammengeführt und gemeinsam konkrete Schritte zur Förderung von MultiMedia in Rheinland-Pfalz erarbeitet werden.

IV.

MultiMedia-Aus- und Fortbildung initiieren und fortentwickeln

Mit den neuen Medien sind auch neue Medienberufe in der Entstehung. Die herkömmlichen Berufsbilder des Setzers, des Druckers, ja sogar des Redakteurs sind mit ihren überkommenen Inhalten nicht mehr haltbar. Viele andere Ausbildungsberufe sind dabei, sich zu verändern.

18. Baustein: Neue Medienberufe fördern

Jahrelang haben die elektronischen Medien Rundfunk und Fernsehen sich im Bereich der Ausbildung auf die privaten Printmedien verlassen. Das vielfach praktizierte Training-on-the-job ist aber angesichts der Komplexität von MultiMedia nicht mehr haltbar. Die handwerklichen Anforderungen an alle Produktionsbeteiligten erfordern höher und anders qualifiziertes Personal. Einige Unternehmen ergreifen inzwischen auch selbst Lehrinitiativen.

Der Bund hat der Entwicklung 1995/1996 mit der Zulassung von drei neuen Ausbildungsberufen Rechnung getragen:

- Werbevorlagenhersteller/in (BGBl. I, Seite 802 vom 21. Juni 1995)
- Mediengestalter/in Bild und Ton (BGBl. I, Seite 133 vom 29. Januar 1996)
- Film- und Videoeditor/in (BGBl. I, Seite 125 vom 29. Januar 1996).

Neben diesen inzwischen anerkannten Lehrberufen bietet der Markt eine ganze Reihe von Fortbildungsangeboten, die in ihrer Vielfalt kaum zu überschauen sind.

Die Nachfrage nach Medienausbildung ist enorm, das Angebot zieht stetig nach. Nur nicht in Rheinland-Pfalz. Andere Bundesländer haben auf diese Entwicklung längst reagiert.

So zum Beispiel Nordrhein-Westfalen:

- mit der Einrichtung der Clearingstelle „Neue Medienberufe“ im Kölner Media-Park;
- mit der Gründung der Medienschule in Kerpen;
- mit der Einrichtung des Kölner Modells einer dreijährigen Ausbildung in der AV-Medienwirtschaft;
- mit der Gründung der Kölner Kunsthochschule für Medien;
- mit der Gründung der Schreibschule NRW in Köln;
- mit der Einrichtung einzelner Medien-Studiengänge an zahlreichen Universitäten des Landes, etwa Film/Foto-Design, Film/AV, Kommunikationsdesign;
- mit der Förderung des Cologne Broadcasting Centers (CBC);
- mit der Gründung der Digital Media Consulting (DMG) zum Aufbau eines Virtuellen MultiMedia-Studios (VMMS);
- mit der Gründung des Medienkompetenz-Zentrums in Marl;
- mit dem gezielten Ausbau der Fortbildungsmöglichkeiten.

Auch die anderen Medienstandorte haben Chancen genutzt: Es gibt einen Ausbildungsschwerpunkt „Medienwirtschaft“ an der FH Wiesbaden, Bayern hat u. a. die „Bayerische Akademie für Fernsehen“ mit den Studiengängen Videoreporter, Kamera- und Tonassistent, MAZ-Technik/Schnitt, Videooperator gegründet, Baden-Württemberg den MultiMedia-Verband Baden-Württemberg und die Filmakademie „Baden-Württemberg“ in Ludwigsburg. In Berlin wurde inzwischen das weltweit zweite Trainings-Center des Workstation-Herstellers Silicon Graphics eingerichtet.

In keiner anderen deutschen Stadt ist Fernsehen so konzentriert wie in Mainz: Sitz des ZDF, Sitz von SAT 1, SWF-Landesstudio und Sitz des Satellitenprogrammes des deutschen Sprachraums 3sat. Rheinland-Pfalz hatte beste Voraussetzungen, zu dem Medienstandort in Deutschland zu werden.

Seit 1991 droht dem Land die MultiMedia-Kompetenz zu entgehen. Große Fachhochschulkapazitäten wurden gebildet, eine zeitgemäße MultiMedia-Ausbildung ist aber in Rheinland-Pfalz nicht möglich. Das ist ein falscher Weg. Es ist fünf Minuten vor zwölf.

Die wenigen MultiMedia-Adressen in Rheinland-Pfalz vermitteln heute nur ein schmales „Spartenprogramm“ an Mediaausbildung an den Fachhochschulen Trier und Mainz.

Dabei ist die Nachfrage nach Ausbildung und Ausgebildeten am Markt riesig. Beim Kölner Modell gingen über 600 Bewerbungen für 20 Ausbildungsplätze ein. Die Absolventen der Filmakademie Baden-Württemberg zum Beispiel haben ihren Job schon vor ihrem Diplom.

Ein Bundesland, das Medienstandort sein will, hätte diese Entwicklung früh erkennen müssen.

Es hätte Ausbildung anbieten müssen, Ausbildungsverbände zusammenführen müssen, Ausbildungskapazitäten erschließen müssen, die Fort- und Weiter-

bildung im Medienbereich und standortsichernde Brücken zwischen Aus- und Fortbildungsstätten zu Medienbetrieben initiieren und fördern müssen.

Ein MultiMedia-Standort ist nur so stark, wie die Menschen das beherrschen, was von ihnen im Beruf verlangt wird. In keinem anderen Bereich hat das Land die Entwicklung so verschlafen wie in diesem. Gerade die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen (NRW) zeigt, daß Standortvorteile erarbeitet werden können. Und das in etwa fünf Jahren. Zuletzt hat NRW die neuen, anerkannten Berufe aufgegriffen und bietet schon eine duale Ausbildung an. Jetzt wirbt NRW im Ausland schon mit dem Prädikat „Hollywood am Rhein“.

on line
ZIEL 36 Verleger, Fernsehschaffende, Rundfunkleute, IHKS, Universitäten, Media-Interessierte und Politik sind zusammenzuführen. Ziel: Marktanalyse und Entwicklung konkreter Vorschläge zur Etablierung von Medienausbildung in Rheinland-Pfalz.

on line
ZIEL 37 Gemeinsam mit den Unternehmen der Medienbranche, IHKS und Universitäten müssen MultiMedia-Ausbildungsverbände zusammengebracht werden, um eine umfassende, die verschiedensten Tätigkeitsfelder berücksichtigende Ausbildung zu gewährleisten.

on line
ZIEL 38 Für die drei inzwischen vom Bundesinstitut für Berufliche Bildung anerkannten Ausbildungsberufe Werbevorbereiter/in, Mediengestalter/in Bild und Ton, Film- und Videoeditor/in sind unverzüglich Ausbildungskapazitäten unter Beteiligung der Medienwirtschaft zu schaffen.

on line
ZIEL 39 In der der Ausbildung an Hochschulen entsprechenden Weise müssen zur Stärkung und Wahrung der Bedeutung des früher führenden und heute stark gefährdeten Medienstandortes Rheinland-Pfalz sowohl Fortbildungsstrukturen wie -inhalte und -kapazitäten initiiert und eingerichtet werden.

V.

MultiMedia-Recht zeitnah fortentwickeln

Die MultiMedia-Märkte der Zukunft sind dynamisch und schnellebig. Entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft wird sein, wie schnell Innovationen tatsächlich wie rechtlich umgesetzt werden können und dürfen. Nach Prüfung geht der Bundesforschungsminister davon aus, daß in Deutschland mehrere tausend Gesetze und Rechtsvorschriften geändert werden müssen, um MultiMedia den Weg zu ebnen.

Daneben wird es für die Glaubwürdigkeit entscheidend darauf ankommen, vorhandenes Recht, insbesondere im Fall strafbarer Handlungen vermittlels der neuen Informations- und Kommunikationstechniken das Strafrecht konsequent anzuwenden.

19. Baustein: Recht fortentwickeln

Die Forschungs-, Umsetzungs- und Verteilungszyklen werden sich weiter verkürzen. Das Recht kann und darf den Fortschritt und die technische Entwicklung nicht aufhalten. Die MultiMedia-Entwicklung muß mitgestaltet und mitentschieden werden.

Es bleibt keine Zeit, mit „deutscher Gründlichkeit“ jedes Für und Wider von MultiMedia zu beleuchten, zu erforschen, zu begutachten, zu diskutieren und die Unschädlichkeit von MultiMedia bis in die letzte Verästelung nachzuweisen. Während wir noch diskutieren, handeln unsere Nachbarn schon, wie die Entwicklung im Elsaß, in Lothringen, in Luxemburg und in Belgien beweist.

Mit dem Telekommunikationsgesetz (TKG) ist eine wichtige Voraussetzung für die weitere Entwicklung und Öffnung des deutschen Telekommunikationsmarktes geschaffen worden. Das Netzmonopol der Telekom fällt am 31. Dezember 1997.

Die Marktöffnung wird begleitet durch einen rechtlichen Ordnungsrahmen, der

- die freie unternehmerische Entfaltung im Markt, im Waren- und Dienstleistungsbereich fördert,
- den Wettbewerb unter den verschiedenen Anbietern sicherstellt,
- die notwendige Akzeptanz auf Seiten der Nutzer schafft und
- Mißbrauch verhindert.

Jetzt müssen Folgegesetze erarbeitet bzw. bestehende rechtliche Regelungen geändert werden.

Ein weiterer Hauptpunkt der rechtlichen Betrachtung von MultiMedia ist die Frage der arbeits- und sozialrechtlichen Sicherung der Beschäftigten in Telearbeit. Die Einführung der Telearbeit birgt spezifische arbeits- und sozialrechtliche Gefahren in sich, etwa die Frage der Übertragung der Arbeitsplatzkosten auf die Beschäftigten, die Frage der Abkopplung der Beschäftigten aus festen Arbeitsverträgen sowie Fragen des Scheinunternehmertums. Bund und Land sind gemeinsam gefordert, einen rechtlichen Rahmen zu entwerfen, der die Entwicklung der Telearbeit zum einen nicht behindert, zum anderen den Arbeitnehmern aber die bisher gekannte Sicherheit im wesentlichen garantiert.

Darüber hinaus sollte das Land Telearbeitsprojekte auch dahin gehend unterstützen, daß es Modellvereinbarungen über die Telearbeit erarbeitet und sowohl Verwaltungen als auch Unternehmen und Privaten zur Verfügung stellt. So kann ein fester rechtlicher Rahmen für die Telearbeit eingeführt werden.

Völlig neue Fragen stellen sich auch dem Datenschutz. Etwa bei der Benutzung des E-Mails. Soll der Staat Daten schützen, muß der Staat Daten schützen, die der Betroffene selbst erst durch die Benutzung öffentlich gemacht hat? Oder im Bereich des Urheberrechts. Wie sollen Urheberrechte geschützt werden, wenn Texte oder Ideen frei zugänglich sind? Oder wie ist es mit der Gültigkeit rechtsgeschäftlich bedeutender Willenserklärungen, die über MultiMedia übermittelt werden? Oder mit der Frage der Beweisbarkeit im Rechtsverkehr?

Die Werbung mittels MultiMedia erfordert Regeln. Werbung entwickelt sich immer mehr zu einer individuellen Direktansprache des Kunden. Die Werberegeln müssen liberalisiert werden, um auf diese Entwicklung eine ausgewogene Antwort zu geben.

Besondere Schwierigkeiten bereitet die Frage, wie im Bereich MultiMedia wirksame Verträge zustande kommen können. Mit dem Bundes-Signaturgesetz, das zur Zeit als Referentenentwurf vorliegt und 1997 in Kraft treten soll, soll sichergestellt werden, daß verbindliche Regeln für die digitale Signatur eingeführt werden. Diese Regeln sind baldmöglichst in den landesrechtlichen Bestimmungen zu berücksichtigen.

Entsprechende Modellversuche des Landes sind anzupassen und auszubauen. Der Kontakt der Verwaltungen mit den Bürgern, die Arbeit der Justiz und der allgemeine Rechtsverkehr benötigen dringend Rechtssicherheit.

Über das Recht ist darüber hinaus sicherzustellen, daß die MultiMedia-Entwicklung besondere Interessengruppen, denen sich MultiMedia-spezifische Probleme stellen, wie etwa Blinden, Gehörlosen und Sehbehinderten, von der MultiMedia-Entwicklung nicht abgekoppelt werden. In diesem Bereich müssen besondere Angebote entwickelt werden.

MultiMedia wird auch den Inhalt der Grundrechte verändern. Ständen im Bereich der Grundrechte bisher das allgemeine Persönlichkeitsrecht und die Presse- und Rundfunkfreiheit nebeneinander, so ist davon auszugehen, daß diese Grundrechte und Grundfreiheiten sich zu einem allgemeinen Kommunikations-Grundrecht weiterentwickeln werden.

Besondere Anforderungen an die Fortentwicklung des Rechts stellt MultiMedia im Bereich der Konzentrationskontrolle. Die Meinungsfreiheit kann nur mit Meinungsvielfalt überleben. Es ist staatliche Aufgabe, zu kontrollieren und sicherzustellen, daß zu starke Konzentrationen im Bereich des Medienangebots verhindert werden. Da die Medienkontrolle in weiten Teilen nach dem Aufgabenkatalog des Grundgesetzes Ländersache ist, sind hier die Länder gefordert. Angesichts der globalen Arbeitsweise von MultiMedia muß die Kontrolle zumindest in ihren Inhalten internationalisiert werden. Dabei steht insbesondere auch der Kinder- und Jugendschutz im Bereich der MultiMedia-Angebote im Mittelpunkt.

on line
ZIEL 40 Es ist eine ständige MultiMedia-Rechtskommission zu berufen, die den weiteren Entwicklungsprozeß begleitet und Vorschläge zur Anpassung des Rechts erarbeitet. Daran sind Arbeitgeber wie Arbeitnehmer und weitere bedeutsame gesellschaftliche Gruppen zu beteiligen.

on line
ZIEL 41 Begleitend zur Einführung der digitalen Signatur ist das Zentrale Mahngericht Mayen an dem Pilotprojekt „DFÜ-Mahnverfahren“ der Deutschen Telekom AG zu beteiligen.

20. Baustein: Unrecht verfolgen

Für den Erfolg der neuen MultiMedia-Techniken ist die Frage der Eindämmung des Mißbrauchs und der Bekämpfung von Straftaten von entscheidender Bedeutung. So sehr die Globalisierung des Angebots die Strafverfolgung auch behindert, sie darf nicht zur Ausrede für mangelndes Engagement herangezogen werden. Denn die Globalisierung wird sich noch weiter verstärken. Europa- oder weltweite Regelungen werden in Zukunft das Zulässige vom Unzulässigen unterscheiden. Dies enthebt unser Bundesland aber nicht seiner Verpflichtung, das vorhandene Strafrecht konsequent anzuwenden. Das Bundesland Bayern feiert hier derzeit beachtliche Erfolge.

Im Bereich der Polizei wie beim Verfassungsschutz sind deshalb die personellen wie sachlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strafverfolgung zu schaffen.

on line
ZIEL 42 Im Bereich der Polizei wie beim Verfassungsschutz sind deshalb die personellen wie sachlichen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Strafverfolgung zu schaffen.

Für die Fraktion:
Franz Josef Bischel